

Versöhnung? Niemals!

Deutschland feiert sich am liebsten für die Normalisierung der Nachkriegsverhältnisse. Mit der DDR hingegen mag sich die BRD nicht abfinden. Das hat Gründe

Matthias Krauß

Es gibt einen Bereich in der Bundesrepublik, in dem Versöhnung nicht vorgesehen, ja verboten ist. Das ist die DDR und alles, was mit ihr zusammenhängt. Seit nahezu einem Vierteljahrhundert dient der sozialistische deutsche Staat als Projektionsfläche für einen endlosen Abrechnungsmarathon, er ist Gegenstand einer auf einzigartige Weise aufgeblähten Aufarbeitungsindustrie. Einer Industrie, die seit 20 Jahren keinerlei neue grundsätzliche Erkenntnis hervorgebracht hat, welche für die historische und politische Bewertung dieses Staates maßgeblich wäre.

Wenn Deutschlands einstige Weltkriegsfeinde die Mentalität dieser Aufarbeiter besitzen würden – auch heute noch dürfte sich kein Deutscher auch nur einen Meter über die Grenze wagen. Was liegt hier vor? Vor allem: Warum dürfen Konflikte mit Millionen Toten in Versöhnung auslaufen, während der Zwist mit der DDR doch vergleichsweise opferarm verlief und alles in allem friedlich ausgetragen worden war? Bis in das vergangene Jahr hinein hatte in Brandenburg eine parlamentarische Enquetekommission diese Atmosphäre der Denunziation aufrechterhalten. Wie kann es sein, dass die DDR seit 25 Jahren Tag für Tag am Pranger steht, während Staaten, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Weltgeschichte gemetzelt haben und einen Massenmord nach dem anderen begingen, zu den unangefochtenen Freunden Deutschlands gehören?

Im vergangenen Jahr sah sich das brandenburgische Verfassungsgericht genötigt, rechtsstaatlichen Grundprinzipien gegen die angewandte Rechtsauslegung Geltung zu verschaffen. Einem Mann, der der Stasimitarbeit verdächtig war, wurde das Recht zugesprochen, sich vor Gericht zu verteidigen und seinen Standpunkt darzulegen. Tatsächlich, dieses Recht war ihm zuvor auf zwei Instanzen verwehrt worden, und zwei Gerichtspräsidenten erklärten bei der Verhandlung vor dem Verfassungsgericht, dies sei doch die Rechtslage. Das muss man sich einmal vorstellen: Verteidigen durfte man sich sogar vor der heiligen Inquisition.

Aber warum gibt es angesichts solch haarsträubender Dinge keinen Widerstand in Deutschland, das sich sonst so sehr in der Rolle des Weltenbeherrschers gefällt? Das Wissen darum, dass eine nicht enden wollende Verfolgung kein menschlicher Vorgang ist, sondern ein teuflischer, das ist ethisches Fundament des Rechtswesens in Deutschland. Weshalb im Falle der Stasimitarbeiter diese kaltblütige Ausnahme? Warum keine moralische Amnestie, Gnade, Versöhnung, selbst nach so langer Zeit? So unförmig die innerdeutsche Aufarbeitungsindustrie inzwischen auch aufgebläht ist, bezeichnenderweise reflektieren die Akteure niemals über die rechtlichen, sittlichen oder ethischen Grundlagen ihres Vorgehens.

Bei dieser staatlich organisierten Verfolgung ohne strafrechtliche Basis gibt es zunächst ein vordergründiges Motiv: Rache. Hier sitzen seit zweieinhalb Jahrzehnten nach der Wende Opfer oder ihre Interessenvertreter über vermeintliche oder wirkliche Peiniger zu Gericht. Obwohl alle Parallelen zu Straftätern hier fragwürdig sind, denn Stasi-IMs, Grenzsoldaten, Parteisekretäre, Heimerzieher oder DDR-Richter waren keine: Niemand käme auf den Gedanken, das Opfer einer Vergewaltigung zum Richter über den Vergewaltiger zu machen. Das ist im Falle der Stasi-IMs anders.

Steht vor uns die allgemeinmenschliche Lust am Prügelknaben – »eine sehr alte und hartnäckige Lust«, wie der Philosoph Ernst Bloch schrieb? Natürlich, und so etwas nennt man niedere Instinkte. Und seit 1990 erfüllt dieser Vorgang für Nachrückende gleich eine praktische Funktion: So gelingt es, relativ gut bezahlte Jobs freizuschießen. Was liegt also näher, als das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden?

Aber lässt sich das Unternehmen auf Feigheit und Futterneid reduzieren? Nein, auch rationale Gründe sind hier im Schwange. Diese Endlosigkeit in der Droh- und Druckkulisserie ist von der schwierigen – manche sagen: aussichtslosen – Lage nicht zu trennen, in welche die etablierten Parteien Deutschland und Europa gebracht haben. Die irrationale Abrechnungswut gegenüber der DDR ist die Reaktion auf ein Scheitern. Gemessen an wesentlichen Verheißungen und Versprechungen des Jahres 1990 ist der Prozess des deutsch-deutschen Zusammenwachsens gescheitert. Von einem selbständigen Aufschwung

ist der Osten heute weiter entfernt als 1990. Der Zukunftsblick schmerzt. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte durchzieht eine breite Verunsicherung das Land und den ganzen Kontinent. Und sie erfasst – das ist ebenfalls neu – große Teile der an Beständigkeit und Reichtum so gewöhnten westdeutschen Gesellschaft.

Im nationalen wie im kontinentalen Maßstab gilt: Nach dem Realsozialismus sind nun auch die Sieger von 1989 mit ihrem Latein am Ende. Die Ahnung des verlorenen Spiels irritiert den Kongress der Weißwäscher enorm. Er muss jetzt Schuldige präsentieren.

<http://www.jungewelt.de/2015/07-14/008.php>